

LANDTAGSWAHL 2023 BAYERN

Wahlprüfsteine und die Antworten der Parteien

**VEREIN ZUM ERHALT DER
BAYERISCHEN WIRTSCHAUSKULTUR (VEBWK)**

Geschäftsführerin
Dr. Ursula Zimmermann
zimmermann@vebwk.com

Unterlaus 22
83620 Feldkirchen-Westerham





Nachfolgend präsentieren wir Ihnen die **zusammengefassten Antworten auf die Wahlprüfsteine**, die der Verein zum Erhalt der bayerischen Wirtshauskultur e. V. (VEBWK) im Vorfeld der diesjährigen Bayerischen Landtagswahl an, die **im bayerischen Landtag vertretenen Parteien** gerichtet hat. Diese Wahlprüfsteine, in Form von gezielten Fragen zu den Anliegen der Gastronomen und bayerischen Wirtshauskultur, bilden das Herzstück einer intensiven Auseinandersetzung mit den politischen Kräften und deren Standpunkten.

Die bayerische Wirtshauskultur ist nicht nur ein Stück Tradition, sondern auch ein lebendiger Ausdruck unserer Gesellschaft. Als Vertreter der bayerischen Wirtshauskultur, hat der VEBWK die speziellen Anliegen und Interessen dieser Kultur in den Fokus gerückt. Unsere Wahlprüfsteine sind das Ergebnis einer gründlichen Ausarbeitung, die darauf abzielt, eine facettenreiche und detaillierte Debatte über die politischen Richtungen und ihre Auswirkungen auf unsere Branche zu ermöglichen.

In diesem Bericht haben wir die zentralen **Aussagen der Parteien CSU, Freie Wähler, FDP, SPD, Grünen und AfD** zu den relevanten Politikfeldern sorgfältig und sachlich zusammengefasst.

Eine Besonderheit in diesem Wahlzyklus war die Vereinbarung, dass **jeder Verband maximal acht Fragen einreichen konnte, wobei die Länge einer jeden Frage auf 300 Zeichen begrenzt war**. Umso mehr begrüßen wir es, dass die **Freien Wähler und die AfD sämtliche Wahlprüfsteine beantwortet haben**, wodurch ein wichtiger Dialog angestoßen wurde.

Wir als VEBWK schätzen die Notwendigkeit, die Anzahl der Fragen zu begrenzen, um eine übersichtliche Diskussion zu gewährleisten. Allerdings möchten wir betonen, dass die Begrenzung auf 300 Zeichen pro Frage eine Herausforderung darstellt. Unsere Wahlprüfsteine wurden mit Bedacht entwickelt, um eine umfassende und nuancierte Auseinandersetzung mit den politischen Positionen zu ermöglichen. Eine derart knappe Zeichenanzahl erschwerte es uns, unsere Anliegen in angemessener Tiefe und Klarheit zu formulieren.

Wir sind zuversichtlich, dass die politischen Akteure in Zukunft eine ausgewogene Balance zwischen Prägnanz und Substanz finden können, um eine bessere Verständigung über die Anliegen der bayerischen Wirtshauskultur zu ermöglichen. In dieser Hoffnung setzen wir darauf, dass bei künftigen Wahlen, die Begrenzung auf 300 Zeichen hoffentlich überdacht wird.

Wir laden Sie herzlich ein, sich eingehend mit den Antworten der Parteien auf unsere Wahlprüfsteine auseinanderzusetzen und somit einen Einblick in die politischen Perspektiven auf die Zukunft unserer geliebten Wirtshauskultur zu gewinnen.

Wir möchten darauf hinweisen, dass wir uns im Vorfeld der Wahl auch **mit einigen Parteien zu einem persönlichen Austausch getroffen** haben. Diese Treffen dienten dazu, bestimmte Thematiken und Anliegen in größerer Tiefe zu erörtern und ein noch klareres Bild von den Standpunkten der Parteien zu gewinnen.

Die kompletten Antworten der Parteien finden Sie nachfolgend:

[Antworten CSU](#)

[Antworten Freie Wähler](#)

[Antworten FDP](#)

[Antworten Grüne](#)

[Antworten SPD](#)

[Antworten AfD](#)

Reduzierter Mehrwertsteuersatz



Setzen Sie sich für eine Entfristung des reduzierten Mehrwertsteuersatzes auf Speisen ein?

Setzen Sie sich dafür ein, dass auch Getränke in der Gastronomie mit einbezogen werden?

CSU	Freie Wähler	FDP	SPD	Grüne	AfD
<p>Die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag kämpft für eine Verlängerung des reduzierten Mehrwertsteuersatzes auf Speisen über 2023 hinaus. Die Mehrheit der Regierungsfraktionen hat unseren Vorschlag im Finanz- und Tourismus-Ausschuss abgelehnt, hauptsächlich wegen des vermeintlich ungünstigen Zeitpunkts. Dennoch planen wir im Herbst einen neuen Vorstoß. Wir setzen uns auch für eine Senkung der MwSt auf alle Lebensmittel und Getränke ein und wollen die MwSt für Grundnahrungsmittel auf 0 Prozent senken.</p>	<p>Bereits in der Vergangenheit haben wir uns mit großem Engagement und Nachdruck für eine Beibehaltung der gesenkten Mehrwertsteuer auf Speisen ausgesprochen.</p> <p>Wir halten diese Absenkung jedoch nicht nur für unverzichtbar, sondern auch für noch nicht ausreichend. Vielmehr muss auch die Mehrwertsteuer auf Getränke in der Gastronomie gesenkt werden.</p>	<p>Sieben Prozent für die Gastronomie sind ein Gebot der Fairness – auch mit Blick auf die geringere Besteuerung bei Take-away und Lieferdiensten.</p> <p>Sollte es die Haushaltslage zulassen, sollte der reduzierte Satz auch auf die Getränke ausgeweitet werden.</p>	<p>Es ist uns wichtig, dass Wirtschaftshäuser v.a. in Krisenzeiten unterstützt werden. Wir sehen die Absenkung der MwSt als effektives Instrument an, um gastronom. Betriebe in Zeiten multipler Krisen zu unterstützen. Deshalb werden wir uns auf Bundesebene weiter einbringen. Die Absenkung der MwSt auf Speisen auf 7 % ist zunächst bis Ende 2023 befristet. Damit soll die Branche entlastet u. die Inflation nicht weiter befeuert werden. Urspr. war die Regelung bis 31.12.22 befristet. Sie diente dazu, die wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Beschränkungen zu mildern.</p>	<p>Wir Grüne haben den reduzierten Mehrwertsteuersatz als befristete Maßnahme zur Krisenbewältigung voll unterstützt.</p> <p>Bundesfinanzminister Lindner sieht aufgrund der angespannten Haushaltslage keinen Spielraum zur Fortsetzung.</p>	<p>Wir treten ganz klar für einen dauerhaft reduzierten Mehrwertsteuersatz auf Speisen ein.</p>

Flexible Arbeitszeiten



Wie stehen Sie zu einer Umstellung von einer Tageshöchst Arbeitszeit auf eine Wochenarbeitszeit gem. EU-Arbeitszeitrichtlinie bei gleichzeitiger Beibehaltung der Gesamtarbeitszeit?

Für die Gastronomiebetriebe ist das dringend erforderlich und es entspricht auch den Arbeitszeitwünschen der Arbeitnehmer.

CSU	Freie Wähler	FDP	SPD	Grüne	AfD
<p>Wir befürworten eine Anpassung des Arbeitszeitgesetzes an die EU-Arbeitszeitrichtlinie und damit auch die Umstellung von einer Tageshöchst Arbeitszeit auf eine Wochenarbeitszeit.</p> <p>Der Gesundheitsschutz, Ruhepausen und die Sicherheit der Arbeitnehmer/innen müssen dabei selbstverständlich gewahrt bleiben.</p> <p>Wir wollen statt einer starren gesetzlichen Höchst Arbeitszeit pro Tag mehr Flexibilität im Rahmen der gleichbleibenden Höchst Arbeitszeit von 48 Stunden pro Woche ermöglichen.</p>	<p>Wir sind für einen Experimentierraum durch Öffnungsklausel im Arbeitszeitgesetz. Ziel soll sein, mehr selbstbestimmte Arbeitszeit der AN und mehr betriebl. Flexibilität zu erproben. Insb. soll im Interesse der AN und der AG eine Verteilung der Arbeitszeit auf die gesamte Woche zum einen möglich gemacht und zum anderen flexibel u. bedarfsgerecht geregelt werden. Grds. muss sich die Lage und Verteilung der Arbeitszeit vorrangig an den betrieblichen Bedürfnissen orientieren. Dann könnte auch die jeweilige Höchst Arbeitszeit wöchentlich flexibler geregelt werden.</p>	<p>Wir wollen eine wöchentliche Höchst Arbeitszeit unter Einhaltung der Vorgaben der EU Arbeitszeitrichtlinie. Wir wollen dabei durch die Beteiligung der Tarifpartner sowohl unternehmerischen Belangen als auch den Interessen der Beschäftigten Rechnung tragen.</p>	<p>Das Arbeitszeitgesetz lässt bereits eine hohe Flexibilität zu. Branchenprobleme wegen der täglichen Arbeitszeit können aus Sicht der SPD schon heute weitgehend durch die Nutzung der Ausnahmemöglichkeiten gelöst werden.</p> <p>Eine Betrachtung nur der Gesamtarbeitszeit bezogen auf ein Jahr lehnen wir ab. Denn die Regelungen im Arbeitszeitgesetz sind kein Selbstzweck. Sie dienen dem Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.</p>	<p>Die Festlegung der Tageshöchst Arbeitszeit obliegt dem deutschen Bundestag, nicht dem bayerischen Landtag.</p>	<p>Die AfD fordert eine Reform des Arbeitszeitgesetzes, um flexible Arbeitszeiten in der Gastronomie zu ermöglichen und den Bedürfnissen von Mitarbeitern und Arbeitgebern gerecht zu werden.</p>

Bürokratieabbau



Machen Sie sich auf Bundesebene für mehr Bürokratieabbau stark?

Stimmen Sie zu, dass Ermessensspielräume durch Ämter und Behörden stärker genutzt werden müssen?

Unterstützen Sie eine Reduzierung der Aufzeichnungspflichten für Kleinbetriebe?

CSU	Freie Wähler	FDP	SPD	Grüne	AfD
<p>Durch Bürokratie-TÜV und Paragrafenbremse haben wir viel in Bayern erreicht.</p> <p>Auf Bundesebene kämpfen wir als Opposition gegen übergriffige Gesetzgebung der Ampel.</p> <p>Die CSU setzt sich auch im Europäischen Parlament gegen bedrohliche Aufzeichnungspflichten für den deutschen Mittelstand ein und strebt "Good Governance" an. Wir fördern digitale Verwaltungsprozesse und Spezialisierung bei Behörden und bilden ein Bündnis für Beschleunigung mit Regierungen und Städten.</p>	<p>Steuervereinfachungen durch Pauschalierungen o. Reduzierung von Aufzeichnungspflichten halten wir grds. für ein sinnvolles Mittel, um Bürokratie für Kleinbetriebe abzubauen. Bzgl. Bürokratieabbau sind wir bereits gut aufgestellt u. wir haben in den letzten Jahren zahlreiche Maßnahmen angestoßen, um diesen weiter voranzutreiben. Haben Ämter u. Behörden einen Ermessensspielraum, so sollen diesen Freiheiten bei der Rechtsanwendung eingeräumt werden, um letztlich Einzelfallgerechtigkeit sicherzustellen und die Rationalität des Mitteleinsatzes zu wahren.</p>	<p>Ja, wir müssen den Bürokratiedschungel lichten und unsere Betriebe von kleinteiligen Vorschriften befreien</p>	<p>Die Aufzeichnung der Arbeitszeit dient der Bekämpfung von Schwarzarbeit und der Sicherung des Mindestlohns. Auch unter den Aspekten des Gesundheitsschutzes ist die Einhaltung und Kontrolle der Arbeitszeit wichtig. Elektronische Arbeitszeiterfassungssysteme halten den Aufwand aus unserer Sicht in angemessenem Rahmen. In anderen Bereichen möchten wir die Bürokratie deutlich abbauen, zum Beispiel durch die Abschaffung der Vorfristigkeit der Sozialversicherungsbeiträge.</p>	<p>Ja. Beispielsweise hat die Bundesregierung mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz eine der größten Herausforderungen der Branche adressiert – den Personalmangel. In Zukunft ist deutlich einfacher, qualifizierte Fachkräfte für die Gastronomie zu finden. Doch auch auf Landesebene müssen wir den Abbau von lähmender Bürokratie vorantreiben, etwa bei der schnellen Anerkennung von Berufsabschlüssen und der Erteilung von Arbeitserlaubnissen.</p>	<p>Wir fordern, dass Ermessensspielräume von Ämtern und Behörden maximal genutzt werden sollten. Wir unterstützen geringere Dokumentationspflichten beim Mindestlohn, verkürzte Aufbewahrungspflichten für Belege, die Abschaffung des Meldescheins nach dem Bundesmeldegesetz, die Umwandlung von Aushangpflichten in Mitteilungspflichten, die Übertragung der Verantwortlichkeit für die Künstlersozialversicherung auf die Künstler und eine erleichterte Kennzeichnung von Allergenen und Zusatzstoffen.</p>

Keine Rückforderung der Corona-Soforthilfen aus dem Jahr 2020



Wie ist Ihre Meinung zu einem gänzlicher Verzicht auf Rückzahlungsverpflichtungen der Corona-Soforthilfen für kleine u. mittlere Gastrobetriebe.

Wie stellen Sie sicher, dass Betriebe, die bereits zurückbezahlt haben, nicht benachteiligt werden, angesichts der Möglichkeit des Erlasses.

CSU	Freie Wähler	FDP	SPD	Grüne	AfD
<p>Bayern hat die Frist zur Rückzahlung der Corona Soforthilfen bis zum 31.12.23 verlängert. Darüber hinaus kann in Fällen, bei denen zu viel erhaltene Soforthilfe aus wirtschaftlichen Gründen nicht fristgerecht zurückgezahlt werden kann, Ratenzahlung von bis zu 24 Monaten vereinbart werden. Im Einzelfall sogar noch länger. Wenn eine Rückzahlung existenzbedrohlich wird, kommt ein vollständiger Erlass der Rückzahlung in Betracht. Damit schöpft Bayern die verfügbaren rechtlichen Spielräume vollumfänglich zugunsten der betroffenen Unternehmen aus.</p>	<p>Wir setzen uns dafür ein, dass Handlungsspielräume der Verwaltung ausgeschöpft werden, um möglichst verträgliche Lösungen für alle Beteiligten zu finden. In Bayern wurde daher ein Vorgehen mit einer großzügigen Rückmeldefrist, einfachem Zugang zur Beantragung von Ratenzahlungen sowie klare und einheitliche Regeln zum Umgang Anträgen auf den ausnahmsweisen Erlass von Rückforderungen beschlossen. Die Gewährung u. Rückforderung der Corona-Hilfen muss sich aber an den verfahrens- und haushaltsrechtlichen Vorgaben orientieren.</p>	<p>Wir setzen uns dafür ein, die Rückzahlungspflicht der Soforthilfe Corona zunächst auszusetzen, bis die dagegen laufenden Verfahren abgeschlossen sind und Rechtsklarheit besteht. Außerdem wollen wir Bagatellgrenzen und Härtefallregelungen.</p>	<p>Einen vollständigen Verzicht auf Rückzahlungsforderungen der Corona-Soforthilfen sehen wir kritisch, da es tatsächlich Fälle des vorsätzlichen Missbrauchs von Hilfen gibt. Sofern Betriebe – die nunmehr unter die Erlassvoraussetzungen fallen würden – bereits zurückbezahlt haben, gilt es diese Rückzahlungen selbstverständlich unverzüglich und möglichst unbürokratisch zurückzuerstatten.</p>	<p>Es müssen rechtssichere und gerechte Lösungen für alle betroffenen Unternehmen und Solo-Selbstständigen in Bayern gefunden werden, ohne Unternehmen zu benachteiligen, die keine Hilfen beantragt bzw. schon Rückzahlungen geleistet haben. Bis dahin fordern wir eine Aussetzung der Rückzahlungsforderungen.</p>	<p>Die AfD fordert ganz klar: Keine Rückzahlung der Soforthilfen.</p>

Energiekosten



Wie gewährleisten Sie die Sicherstellung eines Energiemixes aus grundlastfähigen Energieträgern und erneuerbaren Energien?

Wie gewährleisten Sie die Sicherstellung stabiler und bezahlbarer Energie bei gleichzeitigem Umstieg auf erneuerbare Energie.

CSU	Freie Wähler	FDP	SPD	Grüne	AfD
<p>Wir haben den Ausbau von Windkraft intensiviert. Die CSU setzt insbes. auf den Ausbau der Photovoltaik. Dazu beschleunigen u. vereinfachen wir Genehmigungs- und Planungsverfahren und rüsten Neubauten und staatl. Einrichtungen gezielt mit Photovoltaik aus. Mittel- und langfristig wollen wir Erdgas als Energieträger obsolet machen u. durch grünen Wasserstoff ersetzen.: Wir setzen auf eine Diversifizierung von Energieerzeugern u. -trägern u. einen breiten Mix von Lieferanten um Abhängigkeiten zu reduzieren. Ein technologieoffenes Herangehen ist für uns</p>	<p>Als FREIE WÄHLER sind wir davon überzeugt, dass nur durch dezentrale Ansätze und eine Kombination verschiedener Technologien eine langfristige und verlässliche Versorgung sichergestellt werden kann.</p> <p>Wir halten den von der Bundesregierung durchgesetzten Ausstieg aus der Kernkraft zum gewählten Zeitpunkt für verfrüht.</p>	<p>Neben den erneuerbaren Energien werden wir auch weiterhin Gaskraftwerke benötigen, die zuverlässig Grundlast für unsere Wirtschaft liefern können.</p> <p>Zusätzlich müssen wir die Steuern, Abgaben, Umlagen und Entgelte für unsere Energie reformieren, damit sowohl die Wirtschaft als auch private Haushalte günstiger Energie beziehen können.</p>	<p>Mit uns als BayernSPD gibt es einen schnellen und massiven Ausbau von Windkraft. Photovoltaik, Erdwärme und Energiespeichern. Wir machen das zur Chefsache, werden die Bürokratie drastisch reduzieren und den Bau massiv beschleunigen. Neben der Produktion von Strom aus Erneuerbaren Energien werden wir auch die Netzinfrastruktur bedarfsgerecht ausbauen. Das gilt für die Verteilnetze ebenso wie für die Übertragungsnetze. Zur Entlastung von Wirtschaft und Menschen wurden milliardenschwere Entlastungspakete geschnürt u. Energiepreisbremsen eingeführt.</p>	<p>Wir Grüne sorgen für billigen Strom. Das zeigen die Erfolge auf Bundesebene, wo Vizekanzler Habeck eine Vielzahl an Reformen durchgesetzt hat, sodass der Ausbau von billigen Strom aus Sonne u. Wind bundesweit großen Schwung aufgenommen hat. Wir sorgen dafür, dass die neuen günstigen Rahmenbedingungen endlich auch in Bayern ankommen u. beseitigen alle Hemmnisse, die den Ausbau der Wind- u. Sonnenenergie u. den Ausbau der Netze u. Speicher bremsen. So sorgen wir für eine klimaneutrale, sichere und billige Stromversorgung u. regionale Wertschöpfung.</p>	<p>Wir brauchen Atom-, Wasser-, Gas- und Kohlekraftwerke. Für Heizung und Mobilität benötigen wir Öl und die Folgeprodukte und auch Gas. Die Energieversorgung muss völlig ideologieoffen und faktenbasiert organisiert werden.</p> <p>Die AfD setzt sich dafür ein, dass fossile Energieträger zur Sicherung des Energiebedarfs in Deutschland genutzt werden können. Erneuerbare Energien sollen nur wirtschaftlich sinnvoll eingesetzt werden. Wir lehnen generelle Zwangsmaßnahmen zur Errichtung von Windrädern oder Solarfeldern ab.</p>

Novellierung der EU F-Gas-Verordnung



Wie positioniert sich Ihre Partei zur Novellierung der F-Gas-VO auf EU-Ebene insbes. im Hinblick auf realistische Fristen für den Austausch von Kühlanlagen und den Einsatz von natürlichen Kältemitteln?

Wie stehen Sie zu einem Verwendungsverbot für Service und Wartung?

CSU	Freie Wähler	FDP	SPD	Grüne	AfD
<p>Die CSU ist für die Reduzierung umweltschädlicher Faktoren im Rahmen der EU-Klimaziele. Die Überarbeitung der F-Gas-VO ist ein wichtiger Schritt, der jedoch praxisgerecht umgesetzt werden muss. Technisch machbare und energetisch sinnvolle Reduzierungen von F-Gasen zugunsten natürlicher Kältemittel sollen schrittweise erfolgen. Der Mittelstand darf dabei nicht benachteiligt werden. Die CSU-Parlamentarier haben in der EVP-Fraktion im Europ. Parlament ein Verbot für Service- und Wartung bestehender Anlagen abgewendet.</p>	<p>Diese sehen wir sehr kritisch, gerade für kleinere Betriebe aus dem Gastro- u. Handwerksgewerbe mit Kühlanlagen sind F-Gase unverzichtbar, dennoch müssen potentielle Gefahren für Mensch und Natur so weit wie möglich ausgeschlossen werden. Ein Ausstieg darf daher nicht übereilt stattfinden, sondern benötigt lange Übergangszeiten. Es muss sichergestellt werden, dass ein Technologiewechsel in verträglicher Weise möglich ist. Auch bei dem Ausbau der dringend benötigten Windenergie sind F-Gase derzeit als Isolatoren unverzichtbar.</p>	<p>Die EU-Kommission wollte F-Gase mit hoher klimaschädlicher Wirkung verbieten. Der Umweltausschuss des EU-Parlaments verschärfte das Vorhaben und will F-Gase nun komplett verbieten.</p> <p>Aus unserer Sicht ergibt die Verschärfung keinen Sinn und ist auch nicht technologieoffen. F-Gase, die nicht klimaschädlich sind, gehören nicht verboten</p>	<p>Da wir uns gerade im Hochlauf der Heizungswende befinden, ist es notwendig, jetzt die richtigen Weichen für klimafreundliche Alternativen u. natürliche Kältemittel zu stellen, die bereits ohne Weiteres auf dem Markt zur Verfügung stehen. Sowohl der Frage nach Übergangsfristen als auch Regelungen zur Wartung u- Instandhaltung werden auf EU-Ebene diskutiert. Die letztliche Ausgestaltung der F-Gas-VO auch hinsichtlich der Übergangsfristen ist derzeit jedoch noch nicht absehbar, da die europäischen Institutionen noch im Trilog über mögliche Kompromisse verhandeln.</p>	<p>Die Novelle ermöglicht den notwendigen Wechsel zu klima- und umweltfreundlichen Alternativen und fördert saubere Innovationen.</p> <p>Für die allermeisten Anwendungsbereiche gibt es Alternativen durch den Einsatz von Druckluft, CO2, Ammoniak oder Propan.</p> <p>Für kleine und mittelständische Betriebe gibt es ausreichende Übergangsfristen.</p>	<p>Es müssen großzügige Fristen eingeräumt und gangbare Alternativen angeboten werden.</p> <p>Bestehende Anlagen brauchen Bestandsschutz und auch die dafür benötigten Betriebsmittel.</p>

Verwertungsgesellschaften



Wie stehen Sie zu MEHR Aufsicht u. Kontrolle über Verwertungsgesellschaften u. sorgfältige Prüfung der von den Verwertungsgesellschaften einseitig festgelegten Tarifen?

Wie stehen Sie zu einer Beweislastumkehr? Derzeit liegt diese bei den Nutzern.

CSU	Freie Wähler	FDP	SPD	Grüne	AfD
<p>Im Mai 2023 erreichte die CSU im Haushaltsausschuss des Bayerischen Landtags eine Mehrheit für das Vorhaben, für Veranstaltungen gemeinnütziger Vereine innerhalb eines bestimmten Rahmens die GEMA-Gebühren zu übernehmen, um das Vereinsleben und die Veranstaltungskultur in der Post-Covid-19-Zeit wiederzubeleben.</p> <p>Auf landespolitischer Ebene sieht die CSU aktuell keine weiteren Handlungsmöglichkeiten jenseits der geschilderten Erleichterungen für Ehrenamtliche.</p>	<p>Als FREIE WÄHLER sind wir überzeugt, dass die bestehenden Regelungen regelmäßig evaluiert werden sollten, um den Bedarf für etwaige Änderungen oder Anpassungen zu entwickeln. Denn auch hier gilt es die widerstreitenden Interessen in einen angemessenen Ausgleich zu bringen.</p> <p>Ein großer Erfolg für uns FREIE WÄHLER ist es deshalb, dass die GEMA-Ehrenamtsflatrate für ehrenamtliche Vereine auf Betreiben unserer Ehrenamtsbeauftragten beschlossen wurde.</p>	<p>Einen wahllos festgelegten Tarif lehnen wir ebenso wie eine Beweislastumkehr ab.</p>	<p>Als SPD sprechen wir uns für einen vernünftigen Ausgleich zwischen den Rechten der Urheberinnen und Urhebern einerseits und Nutzerinnen und Nutzern andererseits aus.</p> <p>Die Verwertungsgesellschaften haben dabei die Aufgabe, für die Urheberinnen und Urheber eine angemessene Vergütung für das öffentliche Aufführen und Abspielen der Musik zu erzielen. Sie unterliegen dabei der staatlichen Aufsicht und Kontrolle, u.a. durch das Deutsche Patent- und Markenamt.</p>	<p>Wir respektieren die Selbstorganisation der Verwertungsgesellschaften unter Beaufsichtigung des DPMA.</p> <p>Wir halten es jedoch für erforderlich, dass das DPMA für mehr Transparenz hinsichtlich der Arbeit der Verwertungsgesellschaften sorgt.</p> <p>Notwendig ist, dass Verwertungsgesellschaften ihre Tarifforderungen ebenso wie die Verteilungsschlüssel transparent und verständlich kommunizieren</p>	<p>Die AfD plädiert für Verträge, die zwischen Nutzern und den Gesellschaften geschlossen werden müssen und die dafür sorgen, dass sich die Kosten und deren Steigerung in Grenzen halten.</p> <p>Als AfD vertreten wir die Einführung einer Beweislastumkehr. Die Verwertungsgesellschaften müssen künftig transparent und fair ihre Forderungen nachweisen.</p>

Eindämmung der Schwarzgastronomie



Wie stehen Sie zu einer Verlagerung der Gestattungspraxis nach § 12 Gaststättengesetz von der Kommune zu den Landratsämtern?

CSU	Freie Wähler	FDP	SPD	Grüne	AfD
<p>Die Gestattung durch die Kommunen stellt, da sie vor allem zu besonderen Anlässen greift, den am wenigsten aufwendigen Weg dar, besonders verglichen mit der gaststättenrechtlichen Erlaubnis durch die jeweilige Kreisverwaltungsbehörde, weshalb wir eine Verlagerung ablehnen.</p>	<p>Bereits jetzt besteht ein bunter Strauß an rechtlichen Möglichkeiten zur Eindämmung von Schwarzgastronomie. Hierzu gehören neben hygiene- auch steuerrechtliche Vorgaben und Eingriffsregelungen. Diese müssen ordnungsgemäß umgesetzt werden.</p>	<p>Im Sinne des Subsidiaritätsprinzips wäre es sinnvoll, die Gestattungspraxis auf der untersten Verwaltungsebene zu belassen.</p>	<p>Die Gaststätten-genehmigungen müssen aus Sicht der SPD bei den Kommunen bleiben. Sie sind näher an der Bevölkerung dran und können schneller gegen mögliche Schwarzgastronomie agieren. Dies sehen wir auch als Schutz aller ehrlich arbeitenden Betriebe.</p>	<p>Wir werden hier keine Änderungen vornehmen.</p> <p>Kommunen kennen die Situation vor Ort am besten und sollen deshalb auch weiter entscheiden.</p>	<p>Die AfD hält es für zielführend, die Zuständigkeit für Gastronomiebetriebe auf die Landkreise zu übertragen.</p> <p>Wir werden uns dafür einsetzen, dass vermehrt ein Augenmerk auf die Schwarzgastronomie gelegt und diese auch intensiver verfolgt und bestraft wird.</p>